

Polizeiinspektion VILSBIBURG



Polizeiinspektion Vilsbiburg – Postfach – 84132 Vilsbiburg

Stadt Vilsbiburg
- Sachgebiet Verkehr -
Stadtplatz 26
84137 Vilsbiburg

Eingegangen

08. März 2018



Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen Bitte bei Antwort angeben	Sachbearbeiter	Telefon Telefax	Vilsbiburg,
AB 32.2 - Hr. Brandmeier 21.02.108	MaV - 5015	Herr Hubbauer, PHK	08741/9627-15 08741/9627-40	07.03.2018

Vollzug der Straßenverkehrsordnung StVO; Stellungnahme zum Antrag auf probeweise Sperrung der Durchfahrt auf dem Stadt- platz, 84137 Vilsbiburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 21.02.2018 übersandten Sie uns einen interfraktionellen Antrag auf probeweise Sperrung der Durchfahrt auf dem Stadtplatz in Vilsbiburg und baten uns um Stellungnahme aus verkehrsrechtlicher Sicht hierzu. Dem kommen wir gerne nach und bitten Sie, Ihre Aufmerksamkeit auf nachfolgende Ausführungen zu lenken.

Beim Stadtplatz in Vilsbiburg handelt es sich um einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit einer Zonengeschwindigkeitsbeschränkung von 20 km/h. Straßenrechtlich ist er als Ortsstraße ohne Beschränkungen gewidmet.

Gemäß Artikel 14 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) ist die Benutzung dieser Straße im Rahmen ihrer Widmung für den Verkehr (Gemeingebrauch) jedermann, d.h. allen Verkehrsarten, gestattet. Dieses Recht darf nur nach den gesetzlichen Vorgaben beschränkt werden.

Die Sperrung des Stadtplatzes für den Durchgangsverkehr stellt ohne Zweifel eine solche Beschränkung dar. Diese darf u.a. nur nach Maßgabe des § 45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) und speziell hierfür nach den in den Absätzen 1 und 9 genannten Voraussetzungen beschränkt werden.

Dienstgebäude Schwalbenfeldstr. 1 84137 Vilsbiburg	Vermittlung 08741 / 9627-0	Telefax 08741 / 9627-40	E-Mail pp-nb.vilsbiburg.pi@polizei.bayern.de	Bankverbindung StOK Bayern/BuSt.R.Regensburg Landesbank München Kto. 1279276 BLZ 700 500 00
---	--------------------------------------	-----------------------------------	--	---

In § 45 Absatz 9 StVO ist explizit ausgeführt, dass Beschränkungen und/oder Verbote des öffentlichen Verkehrs nur angeordnet werden dürfen, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in § 45 genannten Rechtsgüter besteht. Dies ist aufgrund der in speziellem Fall vorliegenden Rahmenbedingungen keineswegs gegeben. Keiner, der in § 45 Absatz 1 Nr.1-6 StVO genannten Voraussetzungen liegt vor. Zudem sehen wir keine weiteren Gründe, die eine Sperrung des Stadtplatzes Aufrechterhalten der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs rechtfertigen würde. Nur allein der Wunsch nach Verkehrsberuhigung - der aus subjektiver Sicht betrachtet durchaus gerechtfertigt sein mag - ist keinesfalls ausreichend.

Bei einer Sperrung wegen Verkehrslärm wären *zusätzlich* die Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinie-StVO) zu beachten. Eine Sperrung aus diesem Grund kommt aber nur in Frage, nachdem ein Lärmschutzgutachten erstellt wurde und vorliegt, das eine übermäßige Lärmbelastung feststellt. *Ebenfalls zusätzlich* muss dann auch sichergestellt sein, dass - falls der festgestellte Lärm deutlich über den festgelegten Grenzwerten liegt - der gesetzlich zulässige Richtwert durch den Ausschluss des Durchgangsverkehrs auch erreicht werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, ist die beabsichtigte Maßnahme weder zielführend noch rechtmäßig.

Die beantragte Sperrung des Stadtplatzes würde sich auch ohne Zweifel auf den Verkehr der umliegenden Straßen auswirken, da der ausgeschlossene ja zwangsläufig auf diese ausweichen müsste. So wäre beispielsweise eine Verhinderung der Verlagerung des Durchgangsverkehrs über den Parkplatz Färberanger mit einer baulichen Sperrung des „Löchl“ in beiden Richtungen zwingend notwendig. Außerdem wäre die Schaffung geeigneter Wendemöglichkeiten (Wendeschleife) am Stadtplatz unbedingt erforderlich, um Zusammenstöße beim Rangieren zu vermeiden.

Da bei einer Stadtplatzsperrung auch überörtliche Straßen, wie die Veldener Straße, Frauensattlinger Straße, der Pfarrbrückenweg (St 2083) und die Frontenhausener Straße (LA 2), betroffen wären, kann die Sperrung nicht - quasi im Alleingang - von der Stadt Vilsbiburg angeordnet werden. Primär wäre hierfür das Landratsamt Landshut zuständig und anordnungsbefugt.

Abschließend dürfen wir feststellen, dass aufgrund vorstehender Ausführungen keinerlei Gründe vorliegen, die eine Sperrung des Stadtplatzes für den Durchgangsverkehr rechtfertigen. Eine derartige Maßnahme wäre unter den vorgetragenen Umständen rechtswidrig. Dies bezieht sich auch auf eine „probeweise“ Sperrung. Verkehrsrechtlich ist eine solche Vorgehensweise nicht einmal im Ansatz zulässig.

Wir bedauern, Ihnen keine andere Auskunft erteilen zu können und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Sollten sie unsere Anwesenheit bei der entsprechenden Stadtratssitzung wünschen, wird um Kontaktaufnahme gebeten.

Das Landratsamt Landshut erhält einen Abdruck des Schreibens zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen


Hermann Vogelgsang
Erster Polizeihauptkommissar